



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 9. Juni 2011

PRESSEMITTEILUNG

Jahresberichte 2011:

Wirtschaftlichkeit, Einnahmesteigerungen, Ausgabenreduzierung

„Wirtschaftlichkeit muss für Bremen noch in viel stärkerem Maße als bisher zur Leitlinie des Verwaltungshandelns werden“, so die Präsidentin des Rechnungshofs Bremen, Bettina Sokol, bei der Vorstellung der Jahresberichte 2011. Die gesetzliche Pflicht zum wirtschaftlichen und sparsamen Haushalten besteht zwar schon lange, ihr wird aber häufig nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, die nach der Landeshaushaltsordnung durchzuführen sind, bevor Kosten verursachende Maßnahmen in Angriff genommen werden, unterbleiben in vielen Fällen. Sokol: „Der Wirtschaftlichkeitsgedanke muss in den Köpfen aller in der Verwaltung Arbeitenden verankert werden. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf, wie etliche Beispiele in den aktuellen Jahresberichten zeigen.“

Das Konsolidierungsziel, die jährliche Neuverschuldung drastisch zu senken und damit letztlich bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, kann Bremen nur unter strenger Beachtung der Haushaltsgrundsätze und mit einer strikten Haushaltsdisziplin erreichen. Unverzichtbar ist eine Begrenzung der Personalausgaben, insbesondere des Beschäftigungsvolumens. Im Jahresbericht 2011 (Land) hat der Rechnungshof beispielhaft Handlungsoptionen benannt, mit deren Hilfe ein ungebremsster Anstieg der Personalausgaben vermieden werden kann. Um das Beschäftigungsvolumen reduzieren zu können, gehört eine konsequente Aufgabenkritik ebenso dazu wie beispielsweise eine Überprüfung der Stellenstruktur.

Bremen muss sich neue Einnahmefelder erschließen, darf auf vorgesehene Einnahmen nicht verzichten und ist gezwungen, alle Einsparpotenziale auszuschöpfen. Auch dafür liefern die Jahresberichte 2011 Beispiele aus der Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs. Es geht dabei um die Entgeltpraxis in den Häfen, die Einführung einer Straßenreinigungsabgabe sowie die Gebühren, die das Gesundheitsamt und das Hafengesundheitsamt erheben. Einsparpotenziale gibt es auch bei den Zulagen, die Bremen seinen Beschäftigten jährlich in Höhe von rund 13 Millionen Euro zahlt. „Das Zulagenwesen muss entrümpelt werden. Unübersichtlichkeit, Fehleranfälligkeit und hoher Verwaltungsaufwand sind drei Gründe, Zulagen so weit wie möglich abzubauen,“ sagt Sokol, „wobei echten Mehrbelastungen beispielsweise durch Schichtdienste natürlich nach wie vor Rechnung getragen werden muss.“